

Abgeordnetenhaus B E R L I N

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Enquete-Kommission
"Neue Energie für Berlin"**

**Protokoll ohne
nichtöffentliche Teile**

9. Sitzung
26. November 2014

Beginn: 15.37 Uhr
Schluss: 18.43 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich rufe auf

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Interdependenzen von Strom und Wärmesektor, insbesondere:**
 - aa) **Zentrale Regelung dezentraler Erzeuger von Strom und/oder Wärme („intelligentes Kraftwerk“), sowie mögliche neue technische Konzepte, wie z. B. die Speicherung von Stromüberschüssen in Form von Gas („Power to Gas“) oder in Form von Wärme („Power to Heat“) und ihre Anwendbarkeit in einer Metropole wie Berlin,**
 - bb) **Untersuchung der Frage, ob und inwieweit mittelfristig eine einheitliche Netzgesellschaft für Strom und Wärmenetze in Berlin sinnvoll ist.**

- b) **Ergebnisbericht über die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen und Ziele der Klimaschutzvereinbarung zwischen der Vattenfall GmbH und dem Land Berlin für das Jahr 2014**
- c) **Investitionsplanung der Vattenfall GmbH für Berlin**

Hierzu: Anhörung – öffentlich –

Ich schlage vor, dass wir das wie immer machen. Es wird alles im Wortprotokoll festgehalten. Ich brauche nicht extra zu erwähnen, dass wir die Anhörung so durchführen, dass Sie, Herr Hatakka, zuerst sprechen, Herr Jung gegebenenfalls zur Ergänzung, und dass wir dann aus der Kommission heraus Fragen stellen und dass wir dann in eine Antwortrunde kommen. Ich darf darauf hinweisen, dass Ihnen bereits eine schriftliche Stellungnahme der Vattenfall GmbH zum Tagesordnungspunkt 1 a „Interdependenzen von Strom- und Wärmesektor“ vom 10. Oktober 2014 vorliegt. Ich hoffe, dass das alle haben. Das ist heute auch noch einmal als Tischvorlage ausgelegt worden. Dann können wir aus meiner Sicht anfangen. – Herr Hatakka, Sie haben das Wort! – Bitte sehr!

Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender Stroedter! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Gaebler! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Ich bin gerne hier. Ob Sie das glauben oder nicht, aber das stimmt. Ich bin gerne hier. Ich werde mich in meinem Eingangsstatement – und die Finnen machen das kurz, vielleicht nicht so kurz wie Kimi Räikkönen –, bemühen, kurz alle Punkte zu kommentieren, die in der Tagesordnung dargestellt worden sind.

Lassen Sie mich ganz am Anfang Folgendes unterstreichen: Das Land Berlin und Vattenfall werden auch in den kommenden Jahrzehnten – hoffe ich – eng zusammenarbeiten. Es gibt eine sehr große Schnittmenge an energiepolitischen Themen, die wir besser zusammen lösen können. Ich meine damit die Sicherstellung einer nachhaltigen, klimafreundlichen und zuverlässigen Energieversorgung für Berlin. Natürlich müssen Strom und Wärme auch bezahlbar bleiben. Die in diesem Jahr abgeschlossene Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ räumt KWK und Fernwärme eine tragende Rolle für die Erreichung der Klimaziele ein, und das zeigt, dass wir, Vattenfall und das Land Berlin gemeinsam, sicherlich auf dem richtigen Weg sind.

Vattenfall hat sich erfolgreich, und das ist jetzt meine subjektive Meinung, auf den Weg gemacht, ein grüneres Unternehmen zu werden. Wir haben von den Dinosauriern gelernt. Wir akzeptieren die Energiewende, und wir setzen die Energiewende konsequent um. Wir gehören zu den drei größten Stromerzeugern aus Wasserkraft in Europa, und allein in Deutschland betreiben wir fast die Hälfte deutscher Stromspeicherkapazitäten, die sehr wichtig für die Umsetzung der Energiewende sind, als einziger Speicher in der Größenordnung, die notwendig und relevant ist.

Wir arbeiten mit Biomasse und sind einer der größten Betreiber von Biomasseanlagen. Ein paar Beispiele haben wir auch hier in Berlin. Wir sind einer der größten Offshore-Windkraftbetreiber in Europa. In Deutschland werden wir zusammen mit den Stadtwerken

München ab 2015 im Offshore-Windpark DanTysk jährlich mehr als eine Terrawattstunde Windstrom erzeugen. Das ist nicht das Ende, das ist nur der Anfang in Deutschland. Mit dem Stadtwerk München haben wir eine Investitionsentscheidung getroffen, ein weiteres Offshore-Projekt zu realisieren, nämlich Sandbank, und das sind dann wieder zusätzliche 300 Megawatt. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne auch das Land Berlin zur Zusammenarbeit in der Realisierung von Erneuerbaren Energieprojekten im Offshore- oder Onshore-Windbereich einladen. Wir sind gut unterwegs, um die Energiewende zu realisieren.

Wenn es um Vattenfalls internationale Aktivitäten geht, kann ich nur sagen: Deutschland ist und bleibt ein Kernmarkt für Vattenfall. Wir haben hier in Deutschland über 12 Milliarden Euro in den letzten 12, 13 Jahren investiert und investieren weiter. Deshalb werden wir auch unsere Aktivitäten hier in Berlin unverändert fortsetzen. Deshalb kämpfen wir um die Konzession für das Berliner Stromnetz und werden auch unsere anderen Geschäftsbereiche am Standort Berlins weiterentwickeln, sei es dann Fernwärme- oder Stromvertrieb. Wenn wir eine neue Eigentümerstruktur für unsere Braunkohleaktivitäten in der Lausitz suchen, ist das keine Änderung unserer Strategie. Das ist eine Fortsetzung unserer Strategie, der wir seit mehreren Jahren folgen. Wir haben ein konzernweites Ziel schon im Jahr 2010 definiert, unsere CO₂-Emissionen auf 65 Millionen Tonnen zu reduzieren, und das setzen wir konsequent um. Als verantwortungsbewusstes Unternehmen werden wir einen möglichen Eigentümerwechsel in der Lausitz sehr eng mit der regionalen Politik abstimmen und natürlich auch auf der nationalen, auf Bundesebene. Wir sind deshalb mit den Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen in einem engen Dialog. Natürlich sind wir uns der Verantwortung für die Region bewusst, und diese Verantwortung wird der Kompass im eventuellen Verkaufsprozess, den eventuellen Verkauf sein.

Was das Land Berlin und Vattenfall in Zukunft noch stärker verbinden wird, ist das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. In einer Metropole wie Berlin wird jede noch so ambitionierte Energiepolitik auf die enge Kooperation mit den Betreibern eines solchen Systems nicht verzichten können. Schon heute ist Vattenfall deutschland- und europaweit eine der größten KWK-Produzenten. Dabei bildet die Berliner KWK-Quote den Benchmark. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass der Energiewende in Deutschland geholfen wäre, wenn alle deutschen Großstädte eine vergleichbare KWK-Quote vorweisen könnten wie Berlin.

Die Bundesregierung hat die Bedeutung der KWK für die Energiewende längst anerkannt und ihr eine tragende Rolle in der Energiepolitik der kommenden Jahrzehnte zugewiesen. Ob der Plan der Bundesregierung zum Ausbau der Fernwärme dann tatsächlich realisiert wird, hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen ab, mit denen die Betreiber in den kommenden Jahren rechnen können. Wie stark sinkende Strompreise den Ausbau und die Modernisierung der Fernwärme erschweren, kann man daran erkennen, dass es in ganz Deutschland keine Handvoll Bauprojekte gibt, die mit dem Neubau des Heizkraftwerks in Lichtenfelde vergleichbar sind, den wir im Sommer dieses Jahres begonnen haben.

Deshalb mein Appell hier, dass sich Berlin im Bundesrat für eine KWK-Förderung einsetzt, die den bundesweiten Ausbau der KWK unterstützt und der Bestand der Berliner KWK für die kommenden Jahrzehnte absichert. Wenn es um die Umsetzung der Energiewende geht, brauchen wir auch Innovationen. Leider gibt es keine Silver Bullet, aber wir arbeiten an vielen Innovationen, auch hier in Berlin. Hier ein paar Beispiele für Innovationen, um die Energiewende umzusetzen: Ob wir das erste Unternehmen waren oder nicht, weiß ich nicht, aber

wir waren auf jeden Fall eines der ersten, das in Deutschland ein virtuelles Kraftwerk entwickelt hat, um volatilen Wind- und Sonnenstrom in das Versorgungssystem besser zu integrieren. Technisch funktioniert das gut, unser System ist in der Lage, etwa 25 000 Nutzer anzuschließen. Jetzt müssen wir nur daran arbeiten, dass das auch ein wirtschaftlicher Erfolg wird, und da brauchen wir natürlich auch die Politik.

Wir sind Vorreiter auf dem Gebiet der Fernwärmespeichertechnologien. Das spannendste Projekt findet in Neukölln statt. Wir fangen mit einem Power-to-Heat-Projekt an. Der Startschuss ist im Januar, und Sie sind natürlich alle herzlich zu diesem Startschuss eingeladen. In diesem Projekt werden wir zeigen, dass man noch mehr grünen Strom in das Fernwärmesystem integrieren kann.

E-Mobility ist ein wichtiges Stichwort. Wir wollen E-Mobility in der Stadt noch stärker fördern und engagieren uns im Bereich der Schnellladestationen und bewerben uns in jedem Schaufensterprojekt in Berlin. Wir haben viele Projekte im Bereich E-Mobility, z. B. in Amsterdam haben wir die gesamte Ladeinfrastruktur für Immobilien mit aufgebaut. In Schweden haben wir mit Volvo ein Joint Venture, um Hybridautos auf den Markt zu bringen. Das läuft auch hervorragend. Wir denken längst nicht mehr nur in großen Kraftwerken und dicken Rohren. Wir sind innovativ genug, um auch dezentral erfolgreich zu sein. Wir waren auch sehr viel hier in Berlin, Hamburg und an anderen Standorten.

Sie haben mich heute auch gebeten, über Interdependenzen bei Strom und Wärme zu sprechen. Das ist zum einen das Thema intelligente Speicherung. In Berlin ist das vor allem ein KWK-Thema, Power to Heat, oder besser gesagt: Power to Fernwärme wird hier in Berlin noch wichtiger werden, denn schon heute ist physikalisch gesehen etwa ein Viertel des in Berlin verbrauchten Stroms grüne Energie aus Brandenburg, aus der Region. In den kommenden Jahrzehnten wird dieser Anteil natürlich weiter steigen. Das große Alleinstellungsmerkmal eines großen Fernwärmesystems ist, dass seine Bedeutung mit steigenden Grünstrommengen aus dem Umland nicht abnimmt, sondern zunimmt. Das liegt einerseits an dem großen Potenzial der Fernwärme, regenerativ erzeugten Strom in Wärme zu speichern. Ich habe ein Beispiel einer solchen Speicherlösung mit unserem Projekt in Neukölln erwähnt. Und wir haben viele andere Projekte in den Niederlanden und auch ein Projekt in Hamburg, wo wir diese Power to Heat, Power to Fernwärme tatsächlich in kommerzieller Größe testen und entwickeln.

Sie wollten heute mit mir auch über die Frage diskutieren, ob es sinnvoll ist, eine gemeinsame Netzgesellschaft zwischen Strom- und Wärmenetz zu bilden. Da kann man natürliche unterschiedliche Meinungen haben. Bezogen auf einen technisch und wirtschaftlich vernünftigen Betrieb bin ich mir sicher, dass so ein Kombinationsbetrieb zwischen Wärme und Strom in Berlin mehr Probleme schaffen würde als lösen könnte. Wenn man sich die beiden Netzbetriebe Wärme AG und Stromnetz Berlin anschaut, wird man feststellen, dass es sich hier um Netzbetriebe auf allerhöchstem Niveau handelt. Betrachtet man die Systeme und die Abläufe, werden Sie wenig vergleichbaren Systeme in Deutschland finden, die effektiver und kostengünstiger laufen. Wir sind erfolgreich und hocheffizient mit unserer Management-Struktur, in der das Wärme- und Stromnetzgeschäft voneinander getrennt sind. Das ist eine bewusste Entscheidung. Wenn es zusätzliche Synergien beim Zusammenschließen dieser beiden Netzbetriebe gäbe, hätten wir uns anders organisiert. Ein Kombibetrieb bis zu einer gewissen Größe kann zu Personaleinsparungen und Effektivitätssteigerungen führen, aber bei der Größe der

Berliner Systeme mit ungleich diversifizierten Aufgaben und Abläufen, ergibt so etwas aus meiner Sicht wenig Sinn.

Im Übrigen kooperieren wir in Berlin mit den anderen Netzbetreibern. Was bedeutet das in der Praxis? – Es gibt eine einheitliche Koordinierung von Baumaßnahmen, und natürlich können wir da auch besser werden. Vielleicht kennen Sie diese Plattform aller Berliner Netzbetreiber, infreSt, die dafür sorgt, dass wir Baumaßnahmen zwischen Netzbetreibern besser koordinieren können.

Vielleicht als Fazit, wenn es um diesen Themenblock geht: Synergien zu versprechen, das ist immer einfach, aber man sollte nicht versuchen, die Synergien zu erfinden, Synergien, die vielleicht dann illusorisch sind, weil man am Ende die Synergien auch realisieren muss. Hier in Berlin sind wir mit dieser Struktur, die wir haben, zwei getrennte Gesellschaften für Wärme- und Stromnetz, sehr gut und effizient unterwegs.

Dann kommen wir zu der Klimaschutzvereinbarung. Da vielleicht eine kurze Zusammenfassung, wo wir stehen. Man kann das kurz zusammenfassen und sagen: Wir setzen diese Klimaschutzvereinbarung konsequent um. Was ist dann in den letzten fünf Jahren passiert? – Erzeugungsanlagen wurden modernisiert oder wie in Lichterfelde durch neue Gas- und Dampfturbinenanlagen ersetzt. Das ist eine Investition von rund 500 Millionen Euro. Der Einsatz von Biomasse wurde durch ein neues Biomasseheizkraftwerk im Märkischen Viertel und durch ein Investitionsprojekt für Mitverbrennung von Biomasse im Heizkraftwerk Moabit erhöht. Insgesamt wurden da 70 Millionen Euro investiert. Das Problem ist nicht, Geld zu investieren. Die Herausforderung ist, mit Biomasse Geld zu verdienen, auf jeden Fall nicht Geld zu verbrennen. Leider stimmen die Rahmenbedingungen für Biomasse-Mitverbrennung heute nicht. Da haben wir Handlungsbedarf.

Wir werden bis 2020 aus der Braunkohleerzeugung in Berlin aussteigen. Deshalb werden wir in Marzahn in diesem Jahr den Bau eines neuen Kraftwerks ausschreiben und das Gaskraftwerk in Klingenberg modernisieren. Wir haben viel mehr Blockheizkraftwerke in Berlin gebaut, als in der Klimaschutzvereinbarung vorgesehen war.

Statt 30 Blockheizkraftwerke haben wir bisher 50 Anlagen in Betrieb genommen, und der Trend ist steigend. Bis 2020 werden wir die CO₂-Emission auf 6,4 Millionen Tonnen reduzieren. Der Referenzwert 1990 war 13,3 Millionen Tonnen.

Ich komme zum Ende meines Eingangsstatements. Hören Sie sich um, ich weiß nicht, ob es solche Investitionsprogramme in anderen Großstädten in Deutschland gibt, wo man konsequent die Erzeugungsinfrastruktur modernisiert, damit CO₂ reduziert und natürlich auch die Versorgungssicherheit für Wärme und auch für Strom sicherstellt. Dieser Klimaschutzvertrag ist sicherlich eine Vereinbarung im Sinne der Energiewende und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Berliner Klimaziele. Sie fördert Investitionen in den Klimaschutz, und ich habe viele der Beispiele erwähnt. Das sind konkrete Projekte, die in einem Marktumfeld umgesetzt werden, das eine echte Herausforderung ist. Aber wir jammern nicht, wir setzen die Energiewende und als Teil dieser Energiewende diese Klimaschutzvereinbarung hier in Berlin konsequent um. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich gehe davon aus, dass es jetzt noch ein paar Fragen gibt!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Hatakka, für Ihren Vortrag! – Herr Jung! Möchten Sie Ihrerseits noch etwas ergänzen, oder stehen Sie für Fragen zur Verfügung?

Alexander Jung (Vattenfall): Ich stehe für Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Gut! Dann treten wir in die Frage- und State-mentrunde der Kommission ein, wie immer in der Reihenfolge der eingegangenen Meldungen. Zuerst der Kollege Wolf für Die Linke. – Bitte sehr!

Harald Wolf (LINKE): Besten Dank! – Ich habe zwei Fragen. Sie haben die Investitionsentscheidung in die Kraftwerke in Klingenberg und das Kraftwerk Lichtenberg in Marzahn-Hellersdorf angesprochen. Sie haben gesagt, Sie investieren in diesem Jahr, und mir ist aus Ihrem Vortrag nicht ganz klargeworden, ob es im Konzern mittlerweile eine verbindliche Investitionsentscheidung gibt, was das angeht, oder hängt diese Investitionsentscheidung von politischen Entscheidungen ab, was die Zukunft der KWK-Umlage angeht? Das bitte ich zu konkretisieren.

Der zweite Punkt, der mich interessiert, tangiert zwar nicht unmittelbar Berlin, aber die Region und damit auch den Energiemix in der Region, ist das Thema Braunkohle. Die Tatsache, dass der Konzern beabsichtigt, aus der Braunkohle auszusteigen, in der Form, dass Sie Ihre Braunkohleaktivitäten in Brandenburg und Sachsen veräußern wollen. Das verbessert zwar die Klimabilanz Ihres Konzerns, aber nicht die Klimabilanz in der Region. Ich habe Schwierigkeiten, mir diesen Verkaufsprozess vorzustellen. Angesichts der Unsicherheiten, die mit der Perspektive der Braunkohle und der Rahmenbedingungen, die mit der Energiewende verbunden sind, kann ich mir schlecht einen Investor vorstellen, an den Sie ohne große Buchwertverluste verlaufen können, wenn Sie nicht gleichzeitig bestimmte öffentliche oder staatliche Garantien für die Braunkohle bekommen.

Deshalb bitte ich, mal zu erläutern – soweit Sie das können; ich weiß natürlich, dass das ein heikles Thema ist –, wie ich mir diesen Verkaufsprozess vorstellen soll und wie Sie den Markt einschätzen, es sei denn, Sie verkaufen an die beiden Bundesländer, wo ich auch ein Fragezeichen dahinter mache, ob das wirklich sinnvoll ist. Vielleicht sagen Sie etwas zur Per-

spektive, inwieweit bei Ihnen im Konzern Vorstellungen existieren, die Sie hier auch öffentlich erläutern können, denn ich kann mir noch nicht so richtig vorstellen, wie das funktionieren soll, ohne dass Sie das staatlich flankiert bekommen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege Wolf! – Für die CDU-Fraktion – Kollege Dr. Garmer!

Dr. Michael Garmer (CDU): Herr Hatakka! Herzlichen Dank für Ihren Besuch hier und Ihre Darstellung! Sie haben gesagt, Sie haben von den Dinosauriern gelernt. Das hoffe ich sehr. Ich hoffe auch sehr, dass Ihnen das Schicksal der Dinosaurier erspart bleibt. Auf der anderen Seite haben die Dinosaurier die Erde 60 Millionen Jahre lang bevölkert, dann hätte Vattenfall für die Wende noch ein bisschen Zeit vor sich. Aber Spaß beiseite. Wir haben gerade im Erneuerbaren-Bereich sehr viele Investitionen vor uns, deren Erfolg wir noch nicht bis zum Ende kennen, und insofern ist es für die Energiewende gut, dass es in Deutschland nicht nur kleine und mittelgroße Stadtwerke gibt, sondern auch ein paar große Player, die auch in der Lage sind, hier zu investieren und bestimmte Dinge einfach mal auszuprobieren, die sich für die Energiewende als segensreich erweisen können. Also, gut, dass es Vattenfall gibt, kann ich sagen. Wenn allerdings Vattenfall Schweden – das ist nicht Ihre Verantwortung – sagt: Wir steigen aus der Braunkohle aus, um die Konzernklimabilanz zu verbessern –, da hat der Kollege Wolf völlig recht, dass das dem Weltklima zunächst relativ wenig nützt. Aber wir wollen uns auf Vattenfall in Berlin konzentrieren, und da habe ich zwei Fragen, Herr Hatakka.

Unter der Voraussetzung stabiler Randbedingungen, wenn also Ihr aktueller oder vielleicht demnächst irgendwann einmal ein neuer Gesellschafter Sie so machen ließe, wie Sie wollen, wie sähe dann mittel- bis langfristig die Strom- und Wärmeerzeugung in Berlin aus? Wie sieht der Pfad für Kohle aus? Sie haben gesagt, Sie wollen bis 2020 aus der Braunkohle aussteigen, also Braunkohleverstromung in Berlin. Wie sieht der Pfad für Kohle, für Gas und für den Ausbau der Erneuerbaren aus?

Die zweite Frage: Wie schätzen Sie das Potenzial der Fernwärme ein? Sie haben gesagt, es gebe eine Konkurrenz zwischen dem Fernwärme- und dem Gasnetz in Berlin. Welche Potenziale sehen Sie bei der Fernwärme, die ja an der einen oder anderen Stelle eine bessere Klimabilanz hat als das Gasnetz, wenn man mal von Blockheizkraftwerken absieht, für die wir natürlich auch das Gasnetz benötigen. Wir werden nicht zu einem Zustand von 100 Prozent Fernwärme kommen, das ist klar, aber welche weiteren Potenziale sehen Sie für die Fernwärme in Berlin noch? – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Dr. Garmer! – Dann haben wir für die SPD-Fraktion den Kollegen Buchholz.

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank! – Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Hatakka! Sie haben ein sehr klares, deutliches Bekenntnis zum Standort Deutschland, ich würde fast sagen, zum Standort Kontinentaleuropa für die Firma Vattenfall abgegeben. Nun lesen wir alle Zeitung und fragen uns – das ist eben schon bei meinem Vorredner angeklungen –, wie sich Vattenfall insgesamt mittel- bis langfristig zum kontinentaleuropäischen Geschäft stellen wird. Da sind die Verkaufsüberlegungen, Verkaufsgerüchte, nicht ganz von der Hand zu weisen. Vielleicht können Sie Ausführungen machen, wie Sie das einschätzen. Sie haben ein sehr schönes, sehr klares Bekenntnis zum Standort Berlin abgegeben. Mir persönlich fehlt ein

bisschen der Glaube, ob die Firma Vattenfall so, wie sie heute da ist und bei dem Eigentümern, den sie hat, den schwedischen Staat, wo auch im politischen Raum diskutiert wird, wie es weitergehen soll, nicht bloß, was die Braunkohle betrifft, das umsetzt. Inwieweit können Sie meine Befürchtungen entkräften? Ich würde Sie bitten, dazu etwas beizutragen.

Sie haben auch angeführt – die Braunkohlezukunft ist schon mehrfach angesprochen worden, das kann ich kurz halten –, Sie würden einen Eigentümerwechsel in der Lausitz nur politisch abgestimmt vornehmen wollen. Wie stellen Sie sich das vor, wenn die beiden Bundesländer nicht selbst die Braunkohleförderung und -verstromung übernehmen wollen? Nehmen Sie ein Veto an, wenn der Ministerpräsident Woidke von Brandenburg sagt, dieser oder jener Käufer gefalle ihm nicht, weil er vielleicht eine falsche strategische Ausrichtung oder ein anderes Portfolio hat? Wie ist die politische Abstimmung tatsächlich zu verstehen?

Dann ist von Ihnen die Klimaschutzvereinbarung angesprochen worden, wo Sie sagen, Sie setzen sie sehr konsequent umsetzen. Wenn wir uns die bisherigen technischen Erweiterungen, Erneuerungen – einige davon sind angesprochen worden – in Berlin anschauen, sehe ich an mehreren Stellen Verzögerungen, was die Baumaßnahmen, die Entwicklungsmaßnahmen, den Ersatz alter Kraftwerkskapazitäten in Berlin angeht. Woher nehmen Sie die Zuversicht, dass doch bis 2020 alles klappt, was Sie sich vorgenommen haben?

Schließlich: Sie haben auch ein Bekenntnis zur Energiewende mit sehr deutlichen Investitionen im Bereich Onshore, Offshore, Wind und Solar abgegeben. Gleichzeitig klagt die große Vattenfall gegen den Atomausstieg der Bundesregierung Deutschland vor einem Schiedsgericht. 4,7 Milliarden Euro verlangen Sie. Nun war vielleicht das, was die letzte Bundesregierung – Schwarz-Gelb – dort veranstaltet hat – rein in die Puschen, raus aus den Puschen –, was den Atomausstieg angeht, nicht optimal. Trotzdem ist es so, dass Sie als Vattenfall insgesamt die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs vor einem Schiedsgericht in Washington verklagen, wo wir alle nicht wissen, was dabei herauskommt und sich E.ON vielleicht auch freut, dass sie aufgrund Ihres Urteils auch mehr als 1 Milliarde Euro bekommt. Wie passt das für Sie mit dem klaren Bekenntnis zu erneuerbaren Energien, zum Ausstieg aus der Atomkraft und aus der Kohle zusammen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Kollege! – Für Bündnis 90/Die Grünen – Kollege Schäfer, bitte!

Michael Schäfer (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Hatakka! Wir verstehen natürlich die Schwierigkeiten eines großen Energieunternehmens in Deutschland bei den sehr unklaren Rahmenbedingungen, die die Bundesregierung setzt. Wenn es darum geht, eine vernünftige, gute Förderung für KWK-Neubauten zu haben, sind wir an Ihrer Seite, denn Planungssicherheit ist natürlich in der Energiepolitik extrem wichtig. Das gilt natürlich auch anders herum, und deshalb möchte ich mit der Frage anfangen: Sie haben am 8. Oktober 2010 mit Herrn Wowereit zusammen erklärt, dass der Bau des GuD Marzahn, das Klingenbergs ersetzen soll, spätestens 2012 beginnen und spätestens 2016 abgeschlossen werden soll. Beides ist nicht passiert. Wir halten es für schwierig, dass keine Planungssicherheit da ist.

Da schließt sich die Frage an, ob es zutrifft, dass der versprochene Braunkohleausstieg Berlins bis 2016, der das ja indirekt bedeutet, auch mit dem bestehenden Kraftwerk Klingenbergs umgesetzt werden könne, weil es über Gaskessel verfügt, die die komplette Leistung über-

nehmen könnten. Trifft das zu, und was wären im Detail die Folgekosten, wenn man das so machen würde?

Die dritte Frage ist: Sie haben gesagt, Sie setzen die Klimaschutzvereinbarung konsequent um. In der Klimaschutzvereinbarung stehen aber zum Beispiel Sachen, wie zum Beispiel, dass Sie in Lichterfelde eine hochmoderne Anlage bauen würden. Nun wissen wir, dass die einen geringeren Wirkungsgrad hat als das ältere Heizkraftwerk Mitte. Das heißt, hochmoderne ist sie nicht, sondern schlechter als in Berlin schon bestehende Anlagen. Sie haben in der Klimaschutzvereinbarung unterschrieben, eine der größten Solaranlagen Berlins zu bauen. Auch das ist bisher nicht passiert. Sie haben zugesagt, dass Sie alle zwei Jahre einen Monitoringbericht zu dieser Klimaschutzvereinbarung machen würden, also eine ganz einfache Sache. 2011, 2013 hätten die vorliegen müssen. Keiner von beiden ist gekommen. Wie soll man so einer Vereinbarung glauben, wenn noch nicht mal die einfachen Umsetzungsschritte passieren? Das jüngste Beispiel: Sie haben sich abstrakt zur Energiesparberatung bekannt. Gleichzeitig haben Sie gerade die Energieschuldnerberatungsstelle hier in Berlin zugemacht, indem Sie die Finanzierung, die Sie da bisher gewährleistet haben, zurückgezogen haben. Da kann ich nicht richtig erkennen, wie diese Klimaschutzvereinbarung umgesetzt wird. Ich würde Sie bitten zu erläutern, warum Sie in einzelnen Punkten klar sich widersprechende Sachen machen, also Sachen, die der Klimaschutzvereinbarung widersprechen.

Der vierte Punkt ist Welzow-Süd II. Ich stimme Herrn Wolf zu. Der Betreiberwechsel spart natürlich kein Gramm CO₂. Wenn jemand anderes das weiter betreibt, wird es weiter CO₂ emittieren. Es ist sogar davon auszugehen, dass der Betreiberwechsel dazu führt, dass mehr CO₂ freigesetzt wird, weil in Schweden durch den Regierungswechsel Anzeichen dafür da sind, dass die schwedische Regierung neue Tagebaue, also Welzow-Süd II, nicht mitmachen würde, während ein neuer Betreiber dieses Problem nicht hat. Das führt dazu, dass viele Umweltverbände und wir Grüne auch sagen: Vattenfall, verkaufen Sie bitte nicht Ihre Braunkohlesparte in Brandenburg, sondern machen Sie den Umbau dort selbst! CO₂ kann man natürlich nur einsparen, wenn man Kraftwerke durch erneuerbare Energien und klimafreundliche Lösungen ersetzt. Unser Wunsch an Vattenfall wäre, dass Sie selbst den Umbau gestalten. Einfach nur Kraftwerke zu verkaufen, die dann von anderen weiterbetrieben werden, nutzt dem Klimaschutz nichts.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann haben wir – noch mal für die SPD-Fraktion – den Kollege Karsten!

Nikolaus Karsten (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Hatakka! Es ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden, Herr Wolf hat es auch schon auf den Punkt gebracht, und ich frage jetzt auch noch mal nach und erinnere daran: Sie haben uns heute den Mund ein wenig wässrig gemacht, indem Sie betont haben, das passiere alles, aber wir haben den Gesellschafterbeschluss für die Investition ins GuD-Kraftwerk in Lichtenberg nicht. Jetzt ist natürlich die Fragen, wenn Sie so ein Kraftwerk bauen wollen – Sie wollen es nicht, aber Sie müssen es, weil die Klimaschutzvereinbarung, die Sie mit dem Land Berlin geschlossen haben, das vorsieht –, dann ist die Frage, ob Sie damit überhaupt bis 2020 fertig werden, denn das wäre der letztmögliche Termin. Mir persönlich sind keine Projekte in der Energiewirtschaft bekannt, wo zwischen Gesellschafterbeschluss und Inbetriebnahme des Kraftwerkes, spätestens zum 31. Dezember 2020, weniger als acht Jahre liegen. – [Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Lichterfelde ist ein gutes Beispiel!] – Gut! Da ist ein laufender Kraftwerksbetrieb, der umgebaut

wird. Wie gesagt, die Frage ist ja nur, ob der Gesellschafterbeschluss da ist. – [Zuruf von Tuomo J. Hatakka (Vattenfall)] – Okay, dann sagen Sie heute sozusagen aus, dass der auf jeden Fall kommt, natürlich viel später. Aber ich glaube nicht daran, weil dort auf der grünen Wiese etwas entsteht. Es ist noch nicht mal die Gasleitung da, die durch die Stadt gezogen werden muss. Ich weiß nicht, wie weit Sie mit der Anfrage sind, ob Sie das Gas aus dem Verteilnetz- oder aus dem Übertragungsnetz ziehen. Das sind alles Fragen, die für die Stadt wichtig sind, wie es eigentlich mit den Investitionen weitergeht.

Ich sage auch noch mal den Nachsatz. Sie haben hier erklärt – ich habe es noch mal verteilt, weil ich das besonders gut finde –: Investitionen Vattenfall von über 1 Milliarde Euro am Standort Berlin, und die Stadt Berlin – in Klammern – Berliner Kunden müssen hierfür kein Geld einbringen. – Es ist natürlich besonders gut, wenn Sie hier ankommen und Berlin und die Berlinerinnen und Berliner müssen nicht bezahlen. Sie investieren einfach nur. – Da fehlt mir ein wenig der Glaube, aber wenn Sie das wirklich mal auf den Punkt bringen und nicht nach hinten verschieben könnten, wäre allen hier geholfen, denn wir sitzen hier zusammen, um die Klimaschutzziele und die Energieentwicklung in Berlin zu diskutieren. Wenn dieser wichtige – und der vielleicht wichtigste und größte – Baustein wackelt, dann wissen wir gar nicht, wo wir überhaupt anfangen sollen zu diskutieren. Diskutieren wir mit Vattenfall oder mit Vattenfall wackelt oder doch nicht? Wo setzen wir überhaupt auf? Deswegen sind Sie sehr grundlegend für unsere Arbeit, die wir hier zu leisten haben.

Ich habe einen Fragenkatalog zusammengestellt – Herr Jung sagte mir zu, dass Vattenfall ihn schriftlich beantworten wird –, weil es immer so ist: Wo sitzt denn der Speck? Ich habe mal geguckt, ob Vattenfall doch noch ein bisschen Geld rausbekommt, vielleicht aus den Netzen oder anderen Sachen oder in der Vergangenheit, sodass es vielleicht für Vattenfall gar nicht so schlimm wäre auch einmal zu investieren, ohne dass die Kunden in der Zukunft noch mal belastet werden müssten, weil es in der Vergangenheit schon bezahlt worden ist. Ich habe mir die Mühe gemacht, den Geschäftsbericht der Netzservice GmbH, der ja nun nach mehrmaligen Versuchen des Bundesgesetzgebers, endlich veröffentlicht worden ist, zu würdigen, indem ich mich da eingearbeitet und ein paar Fragen gestellt habe. Die habe ich hier eingebracht, und ich würde bitten, dass Sie vielleicht kurz dazu Stellung nehmen oder dass es im Nachgang über Herrn Jung schriftlich beantwortet wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Herr Prof. Dr. Flämig. – Bitte sehr!

Dr. Dieter Flämig: Ich habe eine dreiteilige Frage. Erstens: Heute ist bekanntgeworden, dass sich die Hitliste der Bundesländer, die viel für grüne Energie machen, geändert hat. Jetzt liegt Bayern vorn, an zweiter Stelle Baden-Württemberg, an dritter Stelle Mecklenburg-Vorpommern – [Zuruf von Michael Schäfer (GRÜNE)] –, danach kommt Brandenburg, und Berlin liegt an letzter Stelle. Wie gehen Sie mit dieser Hitliste, mit dieser Bewertung, was die grüne Energie angeht, um? Was bedeutet das? Hat das gar nichts zu sagen? Was ist das für eine Herausforderung für uns?

Zweitens: Wir haben mit Freude alle gelesen, dass jetzt in Tiergarten immerhin vier Laternen als Stromtankstellen eingesetzt werden. Das ist natürlich wunderbar, aber das große Ziel muss natürlich sein, 20 000 Laternen – so viele Tankpunkte etwa brauchen wir noch in der Stadt – für solche Zwecke einzusetzen. Vattenfall ist in diesen Modellversuch involviert. Ich stelle

jetzt die Frage: Wie sind Ihre Pläne, dass es 20 000 Laternen werden? Welche Überlegungen haben Sie, und welche Forderungen haben Sie an den Senat, dass es gelingt?

Der dritte Punkt ist: Sie haben vor fünf Jahren – ich glaube, das hat uns alle gefreut –, ein Büchlein herausgegeben, damals noch unter der Ägide von Lars Josefsson. Das hieß A 1-Ton-Future, also eine Tonne CO₂ oder Treibhausgas pro Jahr pro Person als Zielsetzung in diesem Jahrhundert. Ich würde natürlich jetzt fragen, inwieweit sich diese Ziele, die Sie sich ehrenwerterweise propagiert haben, sich schon auf Ihre Planungsprozesse in Berlin niedergeschlagen haben. Denken Sie hier auch schon über eine Tonne nach, wie denken Sie darüber nach, und wie sind Ihre Systematiken? Mir hat an diesem Buch gut gefallen, dass Sie auch gesellschaftliche Transformationsprozesse unterstützen wollen, denn allein die Energieerzeugung bringt es nicht, wie wir wissen. Ich darf Sie fragen, inwieweit Sie für Berlin planen, solche Transformationsprozesse zu initiieren, zu begleiten und zu flankieren? – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Flämig! – Dann habe ich noch den Kollegen Mayer für die Piraten. – Bitte sehr!

Pavel Mayer (PIRATEN): Erst mal vielen Dank von mir für Ihre Ausführungen! Ich möchte vorwegschicken, dass ich glaube, dass man im Moment kein Unternehmen der Energiewirtschaft in Deutschland wirklich um seine Position beneiden kann, insbesondere bei privatwirtschaftlichen Akteuren in der Energiewirtschaft kann ich verstehen, wenn es generell zu Politik kein besonders freundschaftliches Verhältnis gibt. Bei den Änderungen an regulativen Rahmenbedingungen, die stattgefunden haben und die vermutlich auch noch stattfinden werden, vernünftig und zukunftsgerichtet zu wirtschaften, ist, milde gesagt, eine Herausforderung. Das, wie gesagt, vorneweg.

Nichtsdestotrotz gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die gemacht werden müssen. Ich habe eine Reihe von energiewirtschaftlichen Fragen, bevor ich zu ein paar wirtschaftlichen Dingen komme. – Die erste Frage wäre, ob Sie vielleicht einen Überblick geben können, woher jetzt die Primärenergieträger, die Sie in Ihren Heizkraftwerken verbrennen, stammen, sprich: Steinkohle, Erdgas, Braunkohle, Holz und Ersatzbrennstoffe. Können Sie sagen, ob es regionale deutsche oder australische Kohle ist – ein kleiner Überblick, dass wir ungefähr wissen, woher es kommt, was Sie verbrennen?

Die zweite Sache: Sie haben ein paar Ausführungen zum Thema Biomasse gemacht, dass es eine Herausforderung werden wird. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, inwieweit Biomasse in Zukunft an Bedeutung gewinnen oder verlieren wird. Wie sehen Sie da die Zukunft?

Dann ein weiterer Punkt: Nutzen Sie bereits industrielle Abwärme und Abwasserwärme? Wie sehen dort Ihre Pläne für die Zukunft aus?

Können Sie irgendwas dazu sagen, ob es Pläne gibt, Leitungsverluste zu verringern und wie Ihre Absichten beim Thema Wärmespeicher sind? Sie hatte eine Sache schon angedeutet, aber welche Rolle von Wärmespeichern sehen Sie generell in der Zukunft bei sich?

Die weitere Frage: Können Sie sagen, welche Bedingungen auf Bundes- und Landesebene geschaffen werden müssten, damit Sie in der Lage sind, Ihren konventionellen Kraftwerks-

park durch erneuerbare Energien zu ersetzen? Was müsste passieren? Einfach so wird es, glaube ich, nicht passieren, und es gibt noch eine Reihe von Hürden zu überwinden.

Sie hatten Power to Heat schon genannt. Zusätzlich gibt es noch das Thema Power to Gas sowie andere Speicherlösungen, wo wir den Eindruck haben, dass vieles technisch bereits problemlos machbar wäre. Es ist nicht so, dass man technische Durchbrüche erzielen müsste, aber es gibt sicherlich Probleme mit der Wirtschaftlichkeit, und mich würde interessieren, was passieren müssten, damit auch im Bereich der Speicherlösungen eine Wirtschaftlichkeit gegeben wäre und Sie bereit wären, dort mehr zu investieren?

Jetzt noch ein paar Fragen, speziell Ihr Unternehmen oder die Strategie für die Zukunft betreffend. Ich habe – es ist, glaube ich, schon zwei Jahre her – im Vattenfall-Konzernbericht, der sich in erster Linie an Investoren wendet, als große Unternehmensstrategie gelesen, dass sich Vattenfall als Premiumanbieter positionieren möchte und dass in verschiedenen Bereichen Kosten einzusparen seien. Es wurden Vorgaben für die Einsparungen gemacht. In den Bereichen Forschung und Entwicklung sollte am stärksten gekürzt werden, im Bereich Instandhaltung sollte etwas weniger gekürzt, und am wenigsten sollte im Bereich Marketing und Vertrieb gekürzt werden. Mich würde interessieren, inwieweit diese Vorgaben aus Schweden noch aktuell sind und welche Bedeutung diese Vorgaben speziell für Berlin haben. Sie werden natürlich verstehen, dass wir, was Investoren vielleicht an dieser Kürzungshierarchie begrüßen, wir möglicherweise etwas anders sehen. – Das von mir in der ersten Runde. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Mayer! – Damit ist die Redeliste erschöpft. Es waren ganz viele Fragen, Herr Hatakka. Fangen Sie mal an, sie möglichst zu beantworten. – Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Viele, viele spannende Fragen, vielen Dank! Es ist auch viel zu verdauen. Ich hoffe, dass wir alle Fragen hier jetzt beantworten können. Wenn nicht, können wir das auch später schriftlich machen. Das gilt sicherlich für die Fragen von Herrn Karsten zu den Netzaktivitäten. Das machen wir gern, aber ich schlage vor, dass wir das schriftlich machen.

Es waren viele Fragen, und ich gehe die jetzt mehr oder weniger chronologisch durch. Herr Wolf hat neben anderen Fragen die Frage nach den Investitionsentscheidungen in Klingenberg, Lichtenberg gestellt. Die Investition in Marzahn ist in unserem Investitionsplan. Wir fangen jetzt mit dem Ausschreibungsprozess an. Wenn wir fertig sind, eine endgültige Investitionsentscheidung zu treffen, treffen die Entscheidung, sodass wir rechtzeitig vor 2020 mit der Anlage fertig sind. Wir brauchen Ersatzinvestitionen für Klingenberg, und daran arbeiten wir. Ich verstehe, dass Sie immer noch skeptisch sind: Meinen die das tatsächlich ernst? – [Nikolaus Karsten (SPD): Ja!] – Die reden nur. Das kann man nicht ernst nehmen. – Ich kann nur auf unsere Investitionen in den letzten Jahren hinweisen. Wir haben allein in Deutschland in den letzten zwölf Jahren über 12 Milliarden Euro, und ich kann noch eines sagen: Man lernt, wenn nichts anderes, Demut, wenn es um die Rahmenbedingungen geht. Deswegen werden wir jede Investition noch einmal überprüfen – ob Sie das mögen oder nicht!

Kernkraft ist thematisiert worden. Wir respektieren die Entscheidung der deutschen Regierung, die Kernkraftwerke stillzulegen – aber nicht so! Das war eine Enteignung. Ich glaube, Rechtsschutz, Eigentümerschutz, gilt schon in der EU. Auf jeden Fall haben wir mehr als 800 Millionen Euro in die Laufzeitverlängerung investiert.

Was ist passiert? – [Nikolaus Karsten (SPD): 7 Milliarden Euro!] – Das hat nichts damit zu tun. Was ist passiert? – Wir haben 200 Millionen Euro in CCS investiert. Was ist passiert? – Wir haben 2,plus Millionen Euro in Moorburg investiert. Da hatten wir auch technische Probleme, aber Moorburg ist auch ein Opfer der Energiewende geworden. Ich sage das nicht, um zu jammern. Ich sage das nur, weil auch Sie Verständnis dafür haben müssen, woher wir kommen. Vor dem Hintergrund der Investitionen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, wird man schon nachdenklich, wenn es um die Stabilität der Rahmenbedingungen geht. In Licherfelde haben wir die Heat-only-boilers bald in Betrieb. Hier bauen wir eine neue GuD-Anlage. In Marzahn sind wir mit einem neuen GuD-Anlage-Projekt voll im Gang. Der Ausschreibungsprozess fängt jetzt an, und ich erwarte keine bösen Überraschungen. Die Investitionsentscheidung wird dann zügig getroffen. Wenn es um Klingenberg geht, werden wir die Laufzeit der Gasanlagen verlängern, und perspektivisch in zehn Jahren treffen wir die Investitionsentscheidung, wenn es um eine neue Anlage geht.

Ich kann nur sagen: Wir setzen die Investitionen konsequent um, aber in einem Marktumfeld und einem regulatorischen Umfeld, das nicht ganz leicht ist. Ja, es gibt zeitliche Verschiebungen bei den Investitionsentscheidungen, aber das hat meistens mit diesen Rahmenbedingungen zu tun. Wir müssen und wir werden jede Investitionsentscheidung noch einmal überprüfen. Wenn es dann ein paar Monate länger dauert, ist das so. Auf jeden Fall kommen die Investitionen, weil wir neue, moderne Anlagen brauchen, um die Wärmeversorgung unserer Kunden sicherzustellen. Das ist bei uns ist die erste Priorität, dass die Kunden warme Wohnungen oder Häuser haben. Das muss bezahlbar sein, und natürlich werden wir gleichzeitig die CO₂-Emissionen reduzieren. – So viel vielleicht zu Marzahn und Klingenberg.

Das zweite Thema war die Braunkohle. Wenn es um diesen M&A-Prozess, diesen Verkaufsprozess, geht, bitte ich um Verständnis dafür, dass ich das nicht kommentieren werde. Alle haben natürlich Meinungen. Unabhängig davon, was wir entscheiden, haben alle Meinungen. Wir haben entschieden, dass wir mit so einem Prozess anfangen, um die strategische Alternative für unsere Braunkohleaktivität in der Lausitz zu überprüfen. Das ist ernst gemeint, und die Zielsetzung ist tatsächlich, dass wir eine neue, nachhaltige Eigentümerstruktur erreichen. Aber natürlich gibt es keine Garantie. Das verstehe ich auch. Aber es ist eine Tatsache, dass wir mit diesem Prozess angefangen haben. Wir werden dann berichten, wenn wir so weit sind, dass wir etwas Neues zu berichten haben. Natürlich machen wir das im engen Dialog mit den zwei Landesregierungen Brandenburg und Sachsen. – Vielleicht so viel zum Thema Braunkohle.

Wenn es um Rolle der Braunkohle im deutschen Erzeugungsmix geht: Das ist Ihre Entscheidung. Das ist die Entscheidung der deutschen Regierung, des Bundestags und natürlich indirekt aller Deutschen. Sie entscheiden, wie der deutsche Erzeugungsmix aussehen sollte und aussehen wird. Einige wichtige Entscheidungen sind getroffen worden, und ich bin sicher, dass das nicht die letzten Entscheidungen waren. Ich kann nur aus meiner Sicht, als einer der Markakteure, sagen, dass man die Herausforderungen in der Umsetzung der Energiewende nicht unterschätzen sollte. In einem Erzeugungssystem, das mehrheitlich auf erneuerbaren Energien basiert, ist es eine Tatsache, dass wir eine hochvolatile Erzeugung von Strom und Wärme haben werden, und dass man, solange es keine Speicherkapazitäten in den notwendigen Größenordnungen gibt, Reservekapazitäten braucht. Da muss man fragen, in welcher Form Deutschland die Reservekapazitäten haben sollte. Setzt man auf Grundlast- oder Gaskraftwerke? Grundlast ist natürlich die Referenz zur Braunkohle. Ich bin davon überzeugt, dass wir Braunkohle als Brückentechnologie für die kommenden Jahrzehnte brauchen werden, sodass die Energiewende erfolgreich umgesetzt wird. – So viel zum Thema deutscher Energiemix. Sie müssen das selbst entscheiden.

Dann war die Frage nach dem Potenzial der Fernwärme. Da sehen wir noch viel Wachstumspotenzial. Wir wissen von Berlin und Hamburg, dass wir jährlich 30 000 neue Kunden, definiert als diese Standardwohneinheit, akquirieren, und wir sehen noch viel Wachstumspotenzial. Fernwärme hat einen Marktanteil zwischen 20 und 25 Prozent, der weiter erhöht werden kann, und wir arbeiten konsequent und erfolgreich daran, dass sich der Marktanteil von Fernwärme steigern kann und steigen wird.

Zur Frage, wie die Vattenfall-Strategie international aussieht. Wie ich angedeutet habe, akzeptieren wir die Energiewende europaweit und arbeiten daran, dass wir unseren Beitrag zu dieser Energiewende leisten, diesen Transformationsprozess. Wir wollen als einer der Gewinner aus diesem Transformationsprozess herauskommen. Was bedeutet das in der Praxis? – Wachstum bei erneuerbaren Energien, Wachstum bei kundennahen Geschäften wie Strom- und Gasvertrieb, dezentrale Erzeugung und auch Fernwärme. Bei vielen dieser neuen Geschäftsfelder wollen wir wachsen. Wir entwickeln Business Cases, seien es E-Mobility oder Demand-Side-Management oder was weiß ich. Da machen wir viel, aber es gibt keine Silver Bullet. Das haben wir in den letzten vier, fünf Jahren auch gelernt. Auf jeden Fall sind wir committed, einer der Gewinner in diesem Transformationsprozess zu sein.

Klimaschutzvereinbarung und die Verzögerung von Projekten: Das stimmt. Es ist kein Gera-deausgeschäft, Neubauprojekte oder Laufzeitverlängerungen zu realisieren, und da braucht

man Geduld. Da ist sogar Geduld notwendig, sodass man keine falschen oder schlechten Investitionsentscheidungen trifft. Aber die Zielsetzung ist klar: Wir müssen die Ziele, die in der Klimaschutzvereinbarung definiert worden sind, erreichen. Wenn es um die konkreten Maßnahmen, Aktionen, geht, werden die, glaube ich, ein bisschen anders aussehen. Das hat damit zu tun, dass sich unser Marktumfeld so dramatisch geändert hat. Aber die Zielrichtung ist klar. Wir haben klare Ziele, wenn es um die CO₂-Reduktion in Berlin geht, die in der Klimaschutzvereinbarung definiert wurden, und die gelten für Vattenfall.

Da waren eine ganze Menge von konkreten, spezifischen Fragen, wenn es um diese Klimaschutzvereinbarung geht. Wir hatten angekündigt, eine große Photovoltaikanlage zu installieren. Das haben wir nicht gemacht, das stimmt. Stattdessen haben wir das Geld in eine weitere Kapitalerhöhung für Investitionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Berliner Solarmodulherstellers Sulfurcell investiert. Später hieß es Solecture. Wir haben da die Priorität anders definiert. Ich glaube, das hat nicht geholfen. Die Firma ging 2012 in die Insolvenz, aber auf jeden Fall haben wir unseren Beitrag mit dieser Kapitalerhöhung geleistet, um die Zukunft des Unternehmens sicherzustellen. Aber wir haben schon in Photovoltaik investiert. Ob Sie das gut finden oder nicht, das kann man natürlich diskutieren.

Was war die andere Frage? – [Zuruf: Elektro-Tankstellen!] – Wir investieren da, aber natürlich geht es auch um die Rahmenbedingungen. Wir müssen dieses Szenario: Operation gelungen, Patient tot – vermeiden, wir haben 20 000 Ladestationen, aber keine Elektroautos. Das muss alles synchronisiert werden. Solange es keinen Anreiz auf dem Markt für die Kunden gibt, Elektroautos zu kaufen, wird es schwer sein, solche Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen und zu realisieren. Wir brauchen da schon ein Gesamtkonzept: Wie sorgen wir dafür, dass die Elektromobilität wächst? – Ich glaube eigentlich an Elektromobilität. Ich habe selbst genug Probefahrten mit Elektroautos gemacht, um zu bestätigen, dass das eine wunderbare Technologie ist, und es ist schade, dass es so wenige Elektroautos in Deutschland gibt. Also, wir brauchen ein Gesamtkonzept, und wenn die Rahmen stimmen, wird die Ladeinfrastruktur das kleinste Problem sein. Da machen wir viel. Also, wir sind tatsächlich Insider. Wir haben diese Ladeinfrastruktur in den Niederlanden mit gestaltet. Aber das hat damit zu tun, dass es in den Niederlanden Elektroautos gibt. Es gibt ein Förderprogramm oder einen Anreiz dazu, dass die Endkunden Elektroautos kaufen. Das brauchen wir auch in Deutschland.

Dann zur Frage nach diesem Monitoringberichte. Sie haben recht. Das haben wir anders gelöst, ob Sie das mögen oder nicht. Das ist dann eine andere Sache.

Wie messen wir diese CO₂-Einsparungen? – Das ist auch mit der Senatsverwaltung diskutiert worden, und wir haben vereinbart, dass wir mit den öffentlich zugänglichen DEHSt-Werten das gleiche Ziel erreichen können. Das ist diese Deutsche Emissionshandelsstelle. Das ist third body, also ich sehe da kein Problem. Wir sind nicht dogmatisch. Wenn es vernünftige, einfache Lösungen gibt, so ein Monitoring umzusetzen, warum nicht? Diese Deutsche Emissionshandelsstelle ist glaubwürdig. Wenn Sie ein Problem damit haben, lassen Sie uns darüber reden! Das war keine Entscheidung von Vattenfall allein. Wir haben das zusammen mit der Senatsverwaltung so vereinbart, und das ist für beide Seiten, glaube ich, eine sehr vernünftige, eloquente Lösung.

Gab es noch andere spezifische Fragen zu dieser Klimaschutzvereinbarung? – Wir haben natürlich diesen Zwischenbericht eingereicht, und Sie verdauen diesen Bericht jetzt. Wenn es da Diskussionsbedarf gibt – gern jederzeit!

Dann war die Frage nach der Energieschuldnerberatung bei der GVS. Das war ein Modellprojekt, das wir umgesetzt haben. Wir haben viel gelernt und diese Lehren jetzt in unseren Kundenservice integriert. Also, diese Arbeit wird in Zukunft von unserem Kundenservice gemacht. Das sind unangenehme Themen, aber im Allgemeinen kann ich sagen: Die Zahl der Stromabschaltungen bei den Kunden ist in den letzten Jahren nach unten gegangen. In 2013 hatten wir 17 000 solcher Fälle. In den Vorjahren waren es ca. 25 000 mehr. Ich glaube, das haben wir relativ gut im Griff, aber natürlich sind das unangenehme Themen. – Alexander! Ich weiß nicht, ob du etwas Zusätzliches dazu sagen möchtest.

Alexander Jung (Vattenfall): Ich glaube, der Hauptpunkt ist, dass die Zahl dieser Problemfälle, also diejenigen, die ihre Stromrechnung nicht zahlen können und bei denen der Strom dann abgeschaltet wird, deutlich zurückgegangen ist. Das ist zum einen dem Umstand geschuldet, dass alle, die davon betroffen sind, gelernt haben, die Sozialämter und wir als Stromversorger, und dieser Trend wird sich weiter verfestigen. Wir haben kein Interesse daran, Stromkunden den Strom abzuschalten. Die Zahlen, die jedes Jahr wieder in Kleinen Anfragen genannt und auch hier in den Parlamenten diskutiert werden, muss man sich genau angucken. Es ist zum Beispiel so, dass Unterbrechungen nach maximal vier Tagen wieder beendet werden. Das heißt, die Leute werden nicht im Kalten oder ohne Strom gelassen, sondern wir bemühen uns darum, die Versorgungssicherheit für diese Kundengruppe so aufrechtzuerhalten, wie sie es verdient, und insofern hoffe ich und bin aber auch zuversichtlich, dass diese Einstellung unserer Unterstützung das Problem nicht verschlimmert, sondern im Gegen teil, durch die Integration der gemachten Erfahrungen in unseren Kundenservice, der sehr professionell aufgestellt ist, sich das Problem eher verringern wird.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Jung! – Herr Hatakka, noch weiter?

Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Da waren noch ein oder zwei Fragen, die ich bisher noch nicht beantwortet habe, z. B. die Frage nach dem Atomausstieg und wie das zusammenpasst. Vielleicht noch ganz kurz zu diesem Punkt. Wir respektieren den deutschen Atomausstieg, aber erwarten schon eine Kompensation für die finanziellen Schäden, die deswegen verursacht worden sind. Es gibt auch Präzedenzfälle. In Schweden wurde Barsebäck stillgelegt. Da gab es Kompensation. Auch E.ON hat als Anteilseigner Kompensation bekommen. Es gibt wohl Eigentumsrechtsschutz, und darum geht es eigentlich. Wir sind eigentlich als Eigentümer dieser Anlagen verpflichtet, unsere Rechtsposition zu verteidigen. Das gehört wohl zu einem Rechtsstaat. – So viel zu diesem Thema. Es gibt Präzedenzfälle, wie man das macht.

Dann war die Frage nach grüner Energie und dieser Hitliste: Wer ist der Musterschüler, wer eher nicht? – Da, glaube ich, müssen wir europäisch denken. Wenn wir wollen, dass diese zusätzlichen Kosten dieses Transformationsprozesses minimiert werden, müssen wir die erneuerbaren Energiekapazitäten dort bauen, wo die physischen Voraussetzungen am besten sind. Das bedeutet Photovoltaik dort, wo die Sonne ein bisschen mehr als 800 Stunden pro Jahr scheint, d. h., in Südeuropa – wenn wir jetzt in Europa bleiben –, und die Windmühlen dort, wo der Wind bläst. Biomasse ist auch eine echte Alternative als Ersatz für Kohle, also die Mitverbrennung von Biomasse dort, wo es nachhaltige Biomasse gibt. Wir müssen da

europäisch denken. Damit reduzieren wir die zusätzlichen Kosten für Verbraucher. Das ist auf jeden Fall unsere Sichtweise, wenn es um Investitionen in erneuerbare Energien geht.

Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, um die konventionellen Kraftwerke durch die Erneuerbaren zu ersetzen? – Erstens müssen wir verdammt hart daran arbeiten, dass wir Speichertechnologien entwickeln. Ich habe das schon angedeutet. In einem Erzeugungssystem, das mehrheitlich auf erneuerbaren Energien basiert, haben wir diese Riesenvolatilität auf der Erzeugungsseite und brauchen Lösungen, Strom von anderen Quellen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst. Leider gibt es auch hier keine Silver Bullet. Die Speicherkapazitäten, die Deutschland hat, sind begrenzt. Das sind 7 000 MW von Pumpspeicherkraftwerken, aber das allein reicht nicht. Wir bräuchten dann Speicherkapazitäten in einer Größenordnung von 60 000, 70 000 MW. Deswegen sind Innovationen in neue Speicherkapazitäten wichtig. Solange wir diese Speicherkapazitäten nicht haben, müssen wir akzeptieren, dass wir Reservekapazitäten brauchen. Deutschland hat heute 170 000 Megawatt an Erzeugungskapazität, um eine Spitzenlast von 85 000 Megawatt im Winter und 45 000 Megawatt im Sommer zu decken.

Es ist eine Tatsache. Wir haben die Reservekapazitäten schon heute, und wir müssen dafür sorgen, dass diese Reservekapazitäten dann zur Verfügung stehen. Und das ist dann die Entscheidung: Welche Brennstoffe will man in Reserve haben? Nur Gas, oder ist es vernünftig, auch einheimische Brennstoffe in Form von Reservekapazitäten zu haben? Ich meine, dass es vernünftig wäre und dass wir Braunkohle als Brücke in dieses Erneuerbare-Zeitalter für diese absehbare Zeit brauchen. – Gibt es Fragen, die ich nicht beantwortet habe?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich habe jetzt noch Zusatzfragen auf der Liste. Vielleicht können wir die noch kurz abhandeln. – Bitte, Frau Köhne!

Irene Köhne (SPD): Noch eine Frage, die Herr Schäfer vorhin gestellt hat, zu der ich die Antwort nicht gehört habe – bezogen auf das Kraftwerk Lichterfelde, dass da der Wirkungsgrad nicht so hoch ist, wie er technisch möglich ist. Wenn Sie sagen könnten, warum Sie das jetzt so konzipiert haben und nicht nach den neuesten technischen Erkenntnissen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Frau Kollegin!

Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Ich habe jetzt die Fakten nicht hier dabei, aber das können wir liefern. Das ist kein Problem. Ich habe die Fakten nicht hier, und will jetzt auch nicht raten. Ich muss die Fakten tatsächlich schaffen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann halten wir fest, dass Sie das schriftlich nachliefern. – Herr Kollege Karsten mit einer Zusatzfrage, bitte!

Nikolaus Karsten (SPD): Sie hatten ausgeführt, dass Sie Ihre Eigentumsrechte vertreten müssen, und das ist für mich eine nachvollziehbare Situation. Das trifft natürlich auch – und das respektieren Sie sicher auch – auf das Land Berlin zu, dass hier Eigentumsrechte vertreten werden müssen. Mich wundert auch, dass Sie eine Zahl von 800 Millionen Euro in den Raum stellen, während man in der Zeitung lesen kann, Sie hätten auf 4,7 Milliarden Euro geklagt. Da entsteht dann so ein Störgefühl, was die Zahlen betrifft, wenn die dann so groß werden und so sehr voneinander abweichen. Sie haben auch auf die schlechten Erfahrungen, die Sie gemacht haben, hingewiesen. Sie haben jahrelang durch ein sehr kluges Geschäftskonzept Milliarden verdient, auch völlig zu Recht, weil es wirklich klug war, und dann haben Sie wahrscheinlich Milliarden verloren, weil Sie Mist gebaut haben. Es ist nicht nur in Hamburg etwas passiert, sondern Sie haben Nuon für 9,6 Milliarden Euro gekauft, und daraus resultiert letztendlich erst einmal der größte Abschreibungsbedarf überhaupt.

Ich habe das Gefühl, dass in Berlin immer ganz brav gezahlt wurde und dass Berlin ein wunderbares Geschäftsfeld für Sie ist. Ich habe nicht das Gefühl, und das ist jetzt ein Punkt, der mir sehr wichtig ist – – Wir haben eine Klimaschutzvereinbarung, und da steht nicht drin, ob die Bundesregierung vielleicht noch für die KWK einen kleinen Zuschlag obendrauf macht, dann bauen wir erst das Kraftwerk. Da steht auch nicht drin, das sei völlig frei, auf welchem Wege wir nun die CO₂-Minderungsziele erreichen, sondern da stehen Investitionen in moderne Kraftwerke in Berlin drin. – Und noch einmal: Da bin ich doch sehr schockiert, wenn Sie sagen, das überlegen Sie noch mal. Das ist eine Vereinbarung, die vor zirg Jahren geschlossen worden ist. Natürlich haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jetzt verändert, sodass jetzt im Augenblick alle wissen: Gas geht gar nicht, und Nuon hängt damit auch zusammen, dass das so eine Pleite ist, weil es gerade nicht geht. Aber was in sieben, acht Jahren

ist, wenn in Deutschland und Frankreich abgeschaltet wird, dann sieht die ganze Welt doch wieder anders aus und vielleicht werden erneuerbare Energien noch weiter ausgebaut. Das wissen wir nicht. Sie haben aber eine Vereinbarung, und ich glaube auch, dass Sie die Vereinbarung, die Sie mit Ihren Stromkunden haben, auch schätzen und dass Sie schätzen, dass die Vereinbarungen eingehalten werden.

Herr Jung sagte gerade, dass auch die Nichtzahler immer weiter zurückgehen, und das ist gut. Und genau die gleiche Verpflichtung hat Vattenfall auch, hier die Investitionen in Höhe von 1 Milliarde Euro in die Stadt zu bringen und nicht noch einmal zu überlegen. Da spreche ich im Namen nicht nur der Koalition, sondern ganz bestimmt auch für sämtliche Oppositionsparteien. Hier gibt es sozusagen keine Beliebigkeit, keine Öffnungsklausel. Hier gibt es auch nur das Kriterium der Zumutbarkeit, und das ist nicht so gemeint, dass da irgendwelche Gewinne sprudeln müssen oder vielleicht eine Null. Auch nach jahrelangen Gewinnen kann ein kleines Minus immer noch zumutbar sein. Ich möchten nur noch einmal darauf hinweisen: Wir gehen davon aus, dass die Vereinbarung eingehalten wird, und dass da nicht noch einmal überlegt wird.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Ich habe jetzt noch zwei – –

Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Darauf muss ich direkt antworten. Sie sind schockiert. Ich war dann wahrscheinlich nicht – – Vielleicht liegt das an meinen Sprachfähigkeit. Sie sind schockiert. Was schockiert Sie denn? Lichterfelde wird gebaut, 500 Millionen Euro Heat only und GuD. Das bedeutet wohl, dass wir diese Klimaschutzvereinbarung sehr ernst nehmen. Ich bin schockiert, dass Sie das nicht anerkennen, dass wir konkrete Investitionen im Rahmen dieser Klimaschutzvereinbarung realisieren. Das schockiert mich! – Und wenn es um die anderen Investitionen geht, die sind in unserem Investitionsplan. Aber jede Investition wird zweimal überprüft. Wir haben unsere Erfahrungen. Ich habe gesagt, das ist kein Jammern, das ist eine Feststellung von Tatsachen. Die Rahmenbedingungen sind nicht stabil. Wir arbeiten mit Rahmenbedingungen, die nicht stabil sind. Die Investitionen werden wir, verdammt noch einmal, realisieren. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unsere Verpflichtung im Rahmen dieser Klimaschutzvereinbarung. Noch wichtiger ist aber unsere Verpflichtung gegenüber unseren Kunden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, einmal Herrn Kollegen Mayer von den Piraten und dann Staatssekretär Gaebler auch direkt dazu. – Herr Kollege Mayer, Sie sind bitte dran!

Pavel Mayer (PIRATEN): Die eine Sache war, dass ich noch einmal nachhaken wollte, das ist bei der ersten Fragerunde vielleicht untergegangen, ich hatte gefragt: Müssen Sie sparen: ja oder nein? Und wenn ja, wovon ich ausgehe, wo wollen Sie sparen? Das war die eine Sache.

Die zweite Sache betrifft Ihre Antwort, dass Sie gesagt haben: Kohle als Brückentechnologie ist sicherlich wichtig und das Problem mit der Volatilität der erneuerbaren Energien. Jetzt haben wir ein bisschen die Quadratur des Kreises, wenn man sich die Energiepreise und gerade die Strompreise anguckt und dort diesen Merit-Order-Effekt, der letztlich dazu führt, dass Gaskraftwerke kaum laufen und unrentabel sind, während die schlecht regelbaren Kohlekraftwerke sich gar nicht so schnell anpassen können, es aber offenbar günstiger ist, Überstrommengen zu produzieren, als die gut regelbaren Gaskraftwerke ans Netz zu bringen. Wäre

es dann nicht sinnvoller, um das klimagünstigere Gas und auch technisch die besser regelbaren Kraftwerke zu nutzen und eher aus Kohle und Kernkraft so schnell wie möglich herauszukommen, damit die Gaskraftwerke wieder rentabel werden. Bzw. erwarten Sie, dass das dann dazu führen wird, dass, Gas wieder rentabel wird, wenn diese schwer regelbaren Grundlastkraftwerke zunehmend vom Netz gehen?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zum Abschluss, Herr Staatssekretär Gaebler. – Bitte sehr!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordneten, Experten und Anzuhörende! Vonseiten des Senats drei Punkte dazu: Die Klimaschutzvereinbarung ist im Jahr 2009 mit einer klaren Zielsetzung, was die CO₂-Einsparung angeht und auch alle anderen begleitenden Dinge, natürlich auch mit der Versorgungssicherheit, die Herr Hatakka zu Recht noch einmal deutlich angesprochen hat, abgeschlossen worden. Es ist auch eine Investitionssumme in toto von 1 Milliarde Euro genannt worden. Das sind sozusagen die Eckwerte, eine Millionen Tonnen CO₂-Reduzierung, eine Milliarde Investitionen, bei denen wir davon ausgehen, dass diese auch mindestens im Rahmen dieser Laufzeit erfüllt werden. – [Zuruf von Tuomo J. Hatakka (Vattenfall)] – Genauso! Da sind wir uns mit Vattenfall einig. Es gibt von Vattenfall – das will ich hier auch deutlich sagen – keinerlei Versuche, hier über Dinge zu verhandeln, die in dieser Klimaschutzvereinbarung festgelegt werden, und sich auf die Anpassungsklausel zu berufen, sondern wir gehen beide davon aus, dass wir die Sachen, die darin vereinbart worden sind, bis 2020 auch erfüllt werden.

Das Problem, das wir aktuell haben, ist die Frage: Wann werden die Maßnahmen, die dazu erforderlich sind, so konkret und nachvollziehbar festgelegt, dass beide Seiten sagen: Okay, wir können jetzt davon ausgehen, dass das wirklich so gemacht wird? – dass wir das einfach einmal etwas herunterbrechen, um jetzt hier nicht so eine Schärfe reinzubringen, die vielleicht noch gar nicht erforderlich ist. Vielleicht kommt irgendwann der Zeitpunkt, aber es ist schon richtig, und dann kann ich auch aus den Reihen der Abgeordneten – das Bedürfnis zu wissen verstehen: Wie konkret ist denn das? – Wir sagen als Verwaltung: Wir haben diesen Rahmen, wenn ihr die Einsparung erfüllen und die Investitionssumme erreichen wollt, dann gibt es sicherlich dazu verschiedene Maßnahmen, aber zu sagen: Ja, wir legen uns noch gar nicht so genau fest, ist ein bisschen schwierig, da die Zeitabläufe so sind, dass man das immer mit einem gewissen Vorlauf machen muss, um dann auch tatsächlich im Jahr 2020 da anzukommen wo man ankommt.

Das heißt, die Eckpunkte, die ich bisher mitnehme, sind: 2019 soll die Braunkohlenutzung in Klingenberg enden, spätestens, aber, nachdem ich das hier verstanden habe, wahrscheinlich auch nicht viel früher, wenn Sie nicht noch erhebliche Überlegungen in Bezug auf Investitionsentscheidungen treffen. Das ist aber eine Aussage, die auch Folgerungen nach sich zieht, sowohl hinsichtlich der Versorgungssicherheit als auch der Frage, wo sonst investiert wird, und dazu fehlt dann die konkrete Untersetzung. Vattenfall macht die Vorbereitungen dafür, um das zu ermöglichen, aber es ist sozusagen noch keine konkrete Aussage, genau dann tätigen wir auch die Investition aus den hier auch schon genannten Gründen. – Ich glaube, darüber müssen wir uns noch einmal intensiv unterhalten, wie wir dort eine stärkere Konkretisierung reinbekommen, die diese Sicherheit schafft, dass die Investitionen und die Einsparungen dann auch kommen und nicht irgendwann irgendjemand bei Vattenfall sagt: Jetzt haben wir das doch nicht geschafft. Das verzögert sich alles um fünf Jahre. – Das wäre dann für beide

Beteiligten eine unbefriedigende Lösung. Das werden Sie sicherlich auch in Zusammenhang mit dem Zwischenbericht besprechen.

Vielleicht noch zu zwei Sachen, weil es hier ein paar Irritationen gab: Es ist richtig, dass wir hinsichtlich des regelmäßigen Monitorings vereinbart hatten, dass der Nachweis der erzielten CO₂-Einsparung alle zwei Jahre, das ist ja der Gegenstand, von Externen überprüft werden soll, dass wir dazu diese Deutsche Emissionshandelsstelle nutzen. Deren Berichte werden auch bei der Deutschen Emissionshandelsstelle veröffentlicht. Wir haben gerade festgestellt, wir könnten das allerdings noch, was bisher nicht gemacht worden ist, von unserer Internetseite aus verlinken, um das etwas transparenter zu machen. Bisher wird, wenn jemand nachfragt, ihm mitgeteilt, wo er es nachsehen kann, aber das würden wir noch einmal als Anregung mitnehmen, weil das offensichtlich nicht allen präsent ist, dass diese Verknüpfung da besteht. – [Michael Schäfer (GRÜNE): Hier steht, dass das die Grundlage ist! Sie können nicht das mit Monitoringbericht gemeint haben! Das ist als Grundlage in der Klimaschutzvereinbarung selbst genannt!] – Es ist für uns die Grundlage dessen zu überprüfen, wie weit die Ziele erreicht worden sind, inwieweit die CO₂-Minderung dort umgesetzt wird. Daran können wir auch feststellen, dass nach den bisherigen Einsparungen in den nächsten Jahren noch weitere 600 000 Tonnen erreicht werden müssen und dass dazu die Maßnahmen, die ich gerade schon umrissen habe bzw. insbesondere die Frage Klingenberg gelöst werden muss, ansonsten kann das nicht erreicht werden.

Aber wie gesagt, wir sind auf dem Sachstand, dass beide Vertragspartner gewillt sind, die Ziele umzusetzen, auch darüber reden, wie das konkret unterstellt wird, dass es auch nachvollziehbar und für beide Seiten verlässlich und vertretbar ist. Ich glaube, dass wir dazu dann mit der Vorlage des Zwischenberichts für 2014 hoffentlich zu nachvollziehbaren und konkreten Aussagen kommen.

Als Letztes noch zu dem Thema Straßenlaternen, weil das angesprochen wurde: Da ist Vattenfall ja nur in unserem Auftrag tätig, weil die Straßenlaternen dem Land Berlin gehören und im Auftrag des Landes betrieben werden. Dazu gibt es ein Pilotprojekt, in dem zwei Firmen jetzt bis zu 100 Standorte umrüsten können, die auch im ganzen Stadtgebiet verteilt sein sollen. Dann wird man tatsächlich sehen können, wie wirtschaftlich das machbar ist, denn da sind auch einige Vorstellungen im Umlauf, die sich so in der Realität nicht widerspiegeln. Es ist nicht jede Straßenlaterne gleich geeignet. Auch die Kosten, die da genannt werden, sind für uns teilweise nicht nachvollziehbar. Wir müssen auch davon ausgehen, dass nicht alle Straßenlaternen am 10-kV-Netz angeschlossen sind. Ein Großteil ist am Niederspannungsnetz 1 kV angeschlossen. Das heißt, Sie haben, wenn es überhaupt möglich ist zu laden, sehr lange Ladezeiten. Auch das ist nicht unbedingt attraktiv. Genau da muss man gucken: Wo macht das wirklich Sinn? Wie rüste ich das um? – Das wird jetzt mit zwei Firmen, mit denen Vereinbarungen abgeschlossen wurden, konkret geprüft. Darüber hinaus gibt es die Ausschreibung des Landes Berlin für Ladeinfrastrukturen im Rahmen des Schaufensters Elektromobilität, wo im Dezember voraussichtlich der Zuschlag erfolgen wird. Dann können wir auch konkret sagen, wie sich das weiter unterstellt.

Im Rahmen der Auswertung dieser Projekte wird dann entschieden werden, ob man großflächig mit Straßenlaternen ins Rennen geht. – Ich kann Herrn Hatakka auch nur zustimmen. Die Ladeinfrastruktur ist nicht das Hauptproblem, das wir in diesem Bereich haben. Es wird zwar gerne zu einem solchen gemacht, vor allen Dingen auch, um das auf andere abzuschieben,

aber man muss ganz klar sagen: Wenn es hier nicht seitens des Bundes eine deutliche Förderung gibt, die über das hinausgeht, die Länder aufzufordern, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, dann wird es in dem Sektor auch keinen großen Sprung geben.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Ich schlage vor, auch in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, dass Herr Hatakka jetzt die Möglichkeit hat, ein Abschlussstatement zu geben und dass wir dann die Anhörung beenden. – Bitte, Herr Hatakka!

Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Vielen Dank! – Ob das jetzt ein Abschlussstatement wird oder nicht, weiß ich nicht. – Ich will mich auf das Thema Investitionen konzentrieren und unsere Zuverlässigkeit als Partner. Die gesamten Investitionen, die wir planen, sind im Fernwärmebereich in einer Größenordnung von 1,4 Milliarden Euro. Das sind beim Standort Lichtenfelde ca. 500 Millionen Euro. Wenn es um Marzahn geht, wird die Ausschreibung noch in diesem Jahr initiiert. Natürlich ist das keine akademische Übung. Das bedeutet, die technische Spezifikation für die Anlage ist klar definiert worden. Jetzt können wir am Markt Angebote einholen. Ich kann hier aber nicht pauschal sagen: Und dann entscheiden wir positiv. Ich würde unsere Verhandlungsposition gegenüber Anlagenbauer verschlechtern, wenn ich das sagen würde. Auf jeden Fall wird dieser Ausschreibungsprozess initiiert. Angenommen, dass wir vernünftige Angebote bekommen, treffen wir zügig eine Entscheidung. Wenn das nicht der Fall ist, dann müssen wir überlegen, wie wir die Angebote auf ein Niveau haben, das für uns auch akzeptabel ist. Das ist kommerzielles Handeln. Darum geht es hier und um nichts anderes. Ich erwarte, wie ich gesagt habe, dass wir dann zügig eine Investitionsentscheidung treffen und mit dem Bau anfangen können, sodass wir tatsächlich dann 2019 fertig sind. Das ist die Zielsetzung. Das gilt. Wir werden alles tun, dass wir diesen Zeitplan dann auch realisieren können.

Die Zielsetzungen der Klimaschutzvereinbarung gelten, und die Investitionen werden realisiert. Am Standort Marzahn und Klingenberg werden wir die Laufzeit der Gasanlagen verlängern. Diese Braunkohleanlage wird bis, im Jahr 2020 dicht gemacht. Das gilt. Das wird realisiert.

Sonst kann ich nur sagen: Vielen Dank für die guten Fragen. Die Fragen, die wir noch nicht beantwortet haben, werden wir dann schriftlich beantworten. Wie Sie hoffentlich sehen, kann auch ein Finne ein bisschen emotional werden. Das zeigt nur, dass wir unser Geschäft lieben, dass wir leidenschaftlich an unseren Themen arbeiten und das natürlich im Interesse von Berlin, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat und allen Berlinern. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Hatakka, vielen Dank, Herr Jung, dass Sie beide gekommen sind und zu unseren Fragen Stellung genommen und Ihre Position dargestellt haben. Dass es mal ein bisschen lauter wird, ist hier ganz normal. Insofern, wenn Sie weg sind und wir intern sind, wird es noch lauter. – [Heiterkeit] – Es ist alles relativ. Vielen Dank! Es wäre nett, wenn Sie das, wie vereinbart, was Ihnen eingereicht worden ist bzw. Sie hier nicht beantworten konnten, schriftlich nachreichen. Herr Jung bleibt erreichbar. – [Tuomo J. Hatakka (Vattenfall): Ich bin auch erreichbar!] – Sie sind auch erreichbar, umso besser. Ich wollte das jetzt an Herrn Jung delegieren, Herr Hatakka, aber wenn Sie das selber zusagen, dann umso besser. Dann wünsche ich Ihnen gute weitere Termine und Geschäfte und bis bald mal wieder. – Vielen Dank!

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wie immer ist es in dieser Enquete-Kommission so, dass die Öffentlichkeit für die weiteren Punkte leider, zu meinem Bauern, nicht teilnehmen darf. Wir müssen eine kurze Unterbrechung machen, um die Sitzung intern weiterzuführen. Ich darf mich für Ihre Anwesenheit bedanken.

[Die Seiten 24 bis 28 sind nichtöffentlich.]

Punkt 3 der Tagesordnung

Beratung des Zwischenberichts
– nichtöffentlich –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes
– nichtöffentlich –

Siehe Beschlussprotokoll.